

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 24. September 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/thk>

Die Menschenrechte von Syrerinnen und Syrern werden auch in Huchting und Borgfeld verteidigt

Seit dem Zweiten Weltkrieg waren nicht mehr so viele Menschen gezwungen, aus ihrer Heimat zu fliehen, um sich und ihre Familien vor Krieg, Gewalt und Terror in Sicherheit zu bringen: über 50 Millionen weltweit. Finden die meisten Flüchtlinge Zuflucht im eigenen Land oder in Nachbarländern, sind aber auch in Bremen die zunehmende Zahl der Krisen zu spüren: Gegenwärtig kommen monatlich mehr Flüchtlinge zu uns als noch vor kurzem in einem Jahr. Dies stellt die Städte Bremen und Bremerhaven vor die Herausforderung, allen Menschen, die Schutz suchend zu uns kommen, nicht nur ein Dach über dem Kopf und Verpflegung zu bieten, sondern ihnen für die Zeit ihres Hierseins die Integration in unsere Gesellschaft zu ermöglichen.

Ein heute von der GRÜNEN-Fraktion entwickelter Entschließungsantrag verleiht den Anstrengungen, die im Zwei-Städte-Staat geleistet werden und vermehrt unternommen werden müssen, Ausdruck. Unter anderem dankt die Bürgerschaft darin allen Einrichtungen, zivilgesellschaftlichen Gruppen und ehrenamtlich tätigen Menschen dafür, dass sie sich den Menschen in Not mit so viel Engagement widmen. Die gegenwärtige Lage erfordert auch vor allem rasches Handeln. Übliche Beteiligungsverfahren im Einvernehmen mit den Betroffenen sind dabei sehr wichtig. Im Einzelfall müssen Verfahren aber flexibilisiert und schneller durchgeführt werden. Zugleich betont die Bürgerschaft mit dem Antrag, dass der kleinen Gruppe von unbegleiteten jugendlichen Flüchtlingen, die zurzeit durch massive Gesetzesbrüche auffällt, konsequent begegnet werden muss, damit die Atmosphäre der Hilfsbereitschaft nicht beschädigt wird und die Sicherheit gewährleistet bleibt.



Um die Belastungen für Bremen und Bremerhaven besser einzuordnen, zog der Fraktionsvorsitzende Matthias Güldner den Vergleich mit den Nachbarländern der Krisenstaaten, wo teilweise über Nacht Hunderttausende von Flüchtlingen aufgenommen werden müssen. Angesichts dessen, was die Bevölkerung in

den jeweiligen Grenzregionen leistet, ist es selbstverständlich, dass wir dies in einem wohl-situierten Land leisten.

Im Vergleich zur letzten größeren Fluchtbewegung in den neunziger Jahren, als in Deutschland Unterkünfte angezündet und Menschen umgebracht wurden, hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Heute, so Güldner, haben wir eine andere Zeit, in der Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben wurden, nicht abgewiesen werden, sondern eine hohe Bereitschaft besteht, sie reinzuholen und zu integrieren. Das meint die Beiräte, Organisationen, Verbände und Einzelpersonen, die aktiv werden, prakti-



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

sche Hilfe leisten und zur insgesamt positiven Stimmung beitragen. An dieser Stelle richtete Matthias Güldner ein aufrichtiges Dankeschön an die MitarbeiterInnen in den Einrichtungen unter Anerkennung des enormen Drucks, unter dem sie in den letzten Monaten gearbeitet haben.



Für Zahra Mohammadzadeh, für Flüchtlingspolitik zuständige Abgeordnete, ist Helfen ein Privileg. Und: Eigentum verpflichtet, wie es im Grundgesetz heißt. Das Leben in Sicherheit und Wohlstand bringt eine Verantwortung mit sich gegenüber den Menschen, die sich in Not befinden. Wir dürfen nicht die Tür verschließen,

sondern sie für jene, die sich auf den Weg nach Europa machen müssen, öffnen. Mohammadzadeh warf dem Bundesinnenminister vor, die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, verringern zu wollen. Dabei ist es unsere Pflicht, ihnen zu helfen und nicht – wie beim Asylkompromiss – eine Gruppe von Flüchtlingen gegen die andere auszuspielen. Für die Aufnahme der Flüchtlinge brauchen wir einen Schulterschluss von Land, Kommunen, Beiräten, Einrichtungen und Ehrenamtlichen. Die Abgeordnete dankte den Bürgerinnen und Bürgern, die das weiter tragen und sich für das Wohl der Flüchtlinge in unserer Gesellschaft einbringen.

Teilhabe durch Arbeit

Seitdem die UN-Behindertenrechtskonvention in deutsches Recht übernommen wurde, muss für Menschen, die besondere Unterstützung brauchen, auch der Weg zur Teilhabe an den Angeboten des allgemeinen Arbeitsmarkts geebnet werden. Häufig jedoch sind chronisch psychisch kranke Menschen, Suchtkranke und in ihrer Leistungsfähigkeit beeinträchtigte Menschen vom Erwerbs- und Arbeitsleben ausgeschlossen. Für viele gilt die Werkstatt für behinderte Menschen als einzige Beschäftigungsmöglichkeit. Ziel muss es aber sein, möglichst vielen dieser Menschen dauerhaft Arbeit im ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Mit einer Großen Anfrage gingen die Koalitionsfraktionen der Frage nach, welche Möglichkeiten im Land Bremen jenseits der Behindertenwerkstatt existieren und welchen Erfolg sie haben.



Die Gesundheitspolitikerin Kirsten Kappert betonte in der Aussprache, dass Arbeit ein entscheidender Faktor gesellschaftlicher Teilhabe ist. Deshalb ist es eine politische Aufgabe, Arbeitsbedingungen zu schaffen, in denen Menschen mit verminderter Leistungsfähigkeit und Menschen, die auf besondere

Unterstützung angewiesen sind, Arbeit finden und auch durchhalten können – also auch die benötigte Unterstützung und die Arbeitsanforderungen individuell an den einzelnen Menschen anzupassen.

Für einen sehr guten, zukunftsfähigen Weg hält Kappert-Gonther einen neuen Leistungstyp „Betreute Beschäftigung“, besser noch „unterstützte Arbeit“. Wenn dann in Bremen noch das „Budget für Arbeit“ weiter ausgebaut wird, wo Betroffene ihre Finanzierung mit in den ersten Arbeitsmarkt nehmen und dort ihre Betreuung bekommen, wäre schon viel erreicht.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Untersuchungsausschussgesetz: Das schärfste parlamentarische Schwert jetzt noch schärfer

Die Erfahrungen aus dem letzten Untersuchungsausschuss „Krankenhaus-Keime“ haben gezeigt, dass es für die Arbeit dieses parlamentarischen Instruments schärferer Maßnahmen bedarf: Das betrifft vor allem die Aussageverweigerung und Regelungen zur Herausgabepflicht, zu Durchsuchungen und Beschlagnahme. Ein heute in zweiter Lesung einstimmig verabschiedetes Gesetz stärkt die Stellung der Untersuchungsausschüsse und damit das Parlament. Nach der ersten Lesung wurde in der Beratung im Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuss auch noch die Frage des Umgangs bei der Einsetzung neu geregelt. Naturgemäß gibt es bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen auch einmal Differenzen zwischen den Fraktionen über die Notwendigkeit eines solchen Ausschusses. Und gelegentlich wird auch die Zulässigkeit bzw. Verfassungsmäßigkeit angezweifelt. Hier gibt es fortan eine klare Regelung im Gesetz, die die Position der antragstellenden Personen stärkt und verhindern soll, dass die Parlamentsmehrheit die Einsetzung mit diesen Argumenten behindert.



Björn Fecker, damals Obmann der Grünen-Fraktion im Untersuchungsausschuss, hatte im vergangenen Jahr den Gesetzesantrag ins Rollen gebracht. Inzwischen ist er Vorsitzender des neuen Untersuchungsausschusses zum Teilersatzneubau am Klinikum Bremen-

Mitte und stellte in seiner Rede fest: „Dass wir auf dieses Gesetz so schnell würden wieder zurückgreifen müssen, hatte aber niemand auf dem Zettel.“ Fecker äußerte abschließend die Hoffnung, dass die neuen Regelungen im aktuellen Untersuchungsausschuss nicht zur Anwendung kommen.

Bedeutung von Migrantenorganisationen

Unter Migrantenorganisationen sind solche zu verstehen, in denen sich Menschen mit Migrationshintergrund zusammenschließen, die meisten ehrenamtlich, auf örtlicher Ebene als Verein. Die Vielfalt reicht von Sport-, Freizeit- oder Kulturvereinen über Studierendenvereinigungen bis hin zu Unternehmerverbänden. Sie vertreten nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder, sondern damit leisten diese Organisationen einen wertvollen Beitrag zur Integration. Ihre Angebote umfassen ein breites Spektrum, beispielsweise Beratung und Dolmetscherdienste, Elternbildung, Hausaufgabenhilfen für Kinder, Kultur- und Fortbildungsveranstaltungen und vieles mehr. Eine Große Anfrage rückte die Bedeutung der Migrantenorganisationen in die Öffentlichkeit und fragte den Senat u.a. nach Möglichkeiten, deren Arbeit zu verbessern und wie die Zusammenarbeit mit ihnen intensiviert werden kann.



Die migrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh, Initiatorin dieser Anfrage, stellte in der Diskussion klar, dass Migrantenorganisationen ein unverzichtbarer Teil unserer Zivilgesellschaft sind. Deshalb fördert der Staat ihre Arbeit so, wie er auch Kultur- und Sportvereine oder Selbsthilfegruppen unter-

stützt. Dabei geht es in erster Linie nicht um finanzielle, sondern – viel wichtiger – um ideelle Unterstützung durch die Anerkennung als selbstver-



ständige und bedeutende Bestandteile des Gemeinwesens. Von großer Bedeutung ist daher, nicht nur ihre Strukturen zu ermutigen und zu stärken, sondern auch die Strukturen und Institutionen der Zusammenarbeit selbst. Wir brauchen keine Kooperation von oben herab, sondern es muss Zusammenarbeit auf Augenhöhe sein, echte Partnerschaft.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de